

Für einen neuen Sozialstaat – mutig und maßvoll reformiert

„Raus aus den Schützengräben“, fordern der Sozialpolitiker Stephan Lessenich und der Sozialethiker Matthias Möhring-Hesse. Ihre These: Mit einem „demokratischen Sozialstaat“, der alle Bürger zur Solidarität verpflichtet, gewinnen die Gewerkschaften in der Sozialpolitik die Offensive zurück.

Der bundesdeutsche Sozialstaat steht im Brennpunkt von Klagen und Kritik – und es gibt gute Argumente und Gründe dafür. Allerdings wird die öffentliche sozialpolitische Debatte von einer radikalisierten Fundamentalkritik beherrscht.

Die Vertreter dieser Richtung verneinen den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wert des Sozialstaats im Grundsatz und schießen damit weit über das Ziel einer problemangemessenen Reformpolitik hinaus. Dieser Fundamentalkritik gegenüber kann und muss ein leistungsstarker Sozialstaat verteidigt werden.

Doch hat diese Kritik einen wahren Kern, denn sie spricht tatsächliche Leistungsmängel, Finanzierungsprobleme und Gerechtigkeitsdefizite der Systeme sozialstaatlicher Sicherung und Fürsorge an: Der real existierende Sozialstaat in Deutschland leistet nicht das, was man von ihm erwartet. Er ist im Verhältnis zu seinen Leistungen zu teuer; und er ist in seinen Leistungen und bei der Finanzierung seiner Ausgaben ungerecht. Die politische Antwort auf die ideologische Radikalkritik am Sozialstaat kann daher nicht lauten, einfach den real existierenden Sozialstaat mit seinen Mängeln, Problemen und Defiziten

zu verteidigen. Dennoch geschieht das: Die gängige Gegenreaktion auf die radikalisierte Sozialstaatskritik besteht in einer defensiven Apologie, in einer Verteidigung des Bestehenden, bei der die Augen für die Strukturprobleme des deutschen Sozialstaats verschlossen werden. Gerade die Gewerkschaften laufen Gefahr, mit ihrer Politik gegen Sozialabbau und für erwerbsarbeitszentrierte Sicherungssysteme außer dem bestehenden Sozialstaat auch dessen Defizite zu verteidigen – und damit auf lange Sicht ihre sozialpolitische Kompetenz und Überzeugungskraft zu verspielen.

Das akute strategische Dilemma auflösen

Die im Auftrag der Otto Brenner Stiftung erstellte Expertise „Ein neues Leitbild für den Sozialstaat“ soll dazu beitragen, das akute strategische Dilemma sozialstaatsfreundlicher Positionierungen aufzulösen. Die Arbeit zeigt eine Alternative zur sozialstaatlichen Radikalkritik und zur sozialpolitischen Defensive auf: ein neues Leitbild für den Sozialstaat, das eine veränderte Politik mit der Erhaltung des Sozialstaats vereint. Das neue Leitbild ist das eines „demokratischen Sozialstaats“: eines Sozialstaats, der Ausdruck und Garant der wechselseitigen Anerkennung und gegenseitigen Solidarität einander verpflichteter, politisch gleicher und sozialpolitisch gleichberechtigter Bürgerinnen und Bürger ist.

Zwar ist auch der demokratische Sozialstaat der Zukunft – wie der bestehende – mit der Korrektur und Bekämpfung von Marktversagen beauftragt – insbesondere mit der

Bewältigung der besonderen Schutzbelange von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Im Unterschied zum bestehenden Sozialstaat wird er jedoch von einer umfassenderen Funktion her bestimmt: Der demokratische Sozialstaat gewährleistet die materiellen Voraussetzungen allgemeiner Beteiligung in und an der demokratischen Gesellschaft. Um diese Funktion erfüllen zu können, erhalten alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von ihrer Position im System gesellschaftlicher Arbeitsteilung, das Recht auf sozialstaatliche Unterstützung.

Alle in die Pflicht nehmen

Im Gegenzug werden alle Bürgerinnen und Bürger auch bei der Finanzierung der Aufgaben, die zu diesem Zweck notwendig sind, in die Pflicht genommen. Gegenwärtig sind die Solidarsysteme kategorial beschränkt und im Wesentlichen an der Existenz oder Nicht-Existenz eines Lohnarbeitsverhältnisses orientiert. Der demokratische Sozialstaat weitet die über ihn organisierte Solidarität auf alle Bürgerinnen und Bürger aus – ohne Ausnahme. Um vergleichbare Lebenslagen für alle Bürgerinnen und Bürger gewährleisten zu können, müssen die bestehenden Systeme monetärer Transfers umgestaltet und durch ausdifferenzierte und hochwertige Systeme sozialer Dienstleistungen ergänzt werden.

Die Expertise „Ein neues Leitbild für den Sozialstaat“ illustriert den demokratischen Sozialstaat auch in seiner institutionellen Grundgestalt. Um den politischen Gebrauchswert zu steigern, wird die Reformfantasie in Grenzen gehalten. Das heißt: Institutionen und Leistungen des anvisierten „demokratischen Sozialstaats“ werden in größtmöglicher Nähe zum real existierenden Sozialstaat angesiedelt. Zentrale Merkmale des demokratischen Sozialstaats sind erstens die Ausweitung des Leistungsangebots und der Finanzierungsbasis, zweitens die Stärkung der Mindestsicherung. Darauf muss der Umbau abzielen. Wenn alle Bürgerinnen und Bürger dem Sozialstaat



Foto privat

lehrt Christliche Sozialethik in Münster, Darmstadt und Marburg.

angehören, müssen die bestehenden Sozialversicherungen verallgemeinert werden. Das gilt für Gesundheit und Pflege ebenso wie für das gesicherte Einkommen im Alter. Zudem muss ein breit gefächertes Angebot von professionell betriebenen, allgemein zugänglichen und spontan erreichbaren sozialen Diensten für jeden Bürger und jede Bürgerin bereitstehen. Zur Finanzierung dieser und anderer Leistungen wird der demokratische Sozialstaat aber – weitaus stärker als der bestehende Sozialstaat – alle Bürgerinnen und Bürger heranziehen, unabhängig von ihrem Einkommen.

Bessere Mindestversorgung, mehr Leistungen

Als Garant der materiellen Voraussetzungen allgemeiner Beteiligung rückt der demokratische Sozialstaat zudem die Mindestsicherung eines und einer jeden in den Mittelpunkt. In der Folge werden mindestensichere Elemente in den Leistungskatalogen der sozialen Sicherungssysteme auf- und ausgebaut. Im Gegenzug bedeutet dies selektive Einschränkungen bei der Status- und Lebensstandardsicherung für Bezieher von überdurchschnittlich hohen Einkommen. Unter dem Gesichtspunkt der sozialpolitischen Gewährleistung gleicher demokratischer Teilhaberechte erscheint das aber akzeptabel.

Verstärkt öffentliche Güter bereitstellen

Neben diesen beiden Schwerpunkten des sozialpolitischen Umbaus enthält der demokratische Sozialstaat weitere wesentliche Merkmale: die verstärkte Bereitstellung öffentlicher Güter, insbesondere in der Beratung, Bildung, Erziehung und Kultur; den strikt am Prinzip der Leistungsfähigkeit orientierten sozialen Ausgleich über Beiträge und Steuern; eine Individualisierung von Leistungen und Belastungen, die dem Wandel der Haushalts- und Lebensformen entspricht; eine konsequente Demokratisierung

der Leistungserbringung mit mehr Zusammenarbeit von staatlichen Instanzen und gesellschaftlichen Akteuren; schließlich eine Neujustierung der sozialstaatlichen Regulierung der Erwerbsarbeit und des Verhältnisses von Arbeit und Leben, die den veränderten Bedingungen der individuellen Verausgabung von Arbeitskraft Rechnung trägt. In der Zusammenschau all dieser Elemente lässt sich ein vorläufiges, einigermaßen plastisches Leitbild vom demokratischen Sozialstaat der Zukunft erkennen.

Der „demokratische Sozialstaat“ stellt ein normativ und konzeptionell attraktives Modell gesellschaftspolitischer Zukunftsgestaltung dar: ein Modell, das der radikalen Grundsatzkritik am vermeintlich überbordenden „Versorgungsstaat“ wie auch der sturen Verteidigung des „Arbeitnehmersozialstaats“ überlegen ist. Das neue Leitbild bietet ein Mittel, einen leistungsstarken Sozialstaat gegen die vorherrschende sozialstaatsfeindliche Kritik zu legitimieren. Zugleich hilft es, unbestreitbare Leistungsmängel, Finanzierungsprobleme und Gerechtigkeitsdefizite der bestehenden Systeme sozialer Sicherung und Fürsorge zu überwinden. In dieser doppelten Funktion kann das Leitbild des demokratischen Sozialstaats auch den Gewerkschaften zur Orientierung ihrer Sozialpolitik dienen.

Abkehr vom etablierten Sozialstaat

Das Modell bedeutete die programmatische Abkehr vom etablierten, erwerbsarbeitszentrierten Sozialstaat. Doch werden gerade die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von der Ausdehnung der bislang auf sie allein beschränkten Solidarsysteme profitieren. Ihre Risiken werden unter den veränderten wirtschafts- und sozialstrukturellen Bedingungen besser abgesichert als in den bestehenden Systemen; zudem werden sie vor der zunehmenden Überforderung durch diese Systeme bewahrt, die auf der einseitigen und ungerechten Finanzierung beruht. Sollten sich die Gewerkschaften

aus diesen Gründen für einen konsequenten Umbau hin zu einem demokratischen Sozialstaat einsetzen, werden sie ihre sozialpolitische Kompetenz zurückgewinnen und sich wieder als Motor sozialen Fortschritts profilieren können.

Chance in der Praxis?

Das Leitbild des demokratischen Sozialstaats steht für eine neue sozialstaatliche Politik – eine Politik nicht einfach „gegen“ den oder „für“ den Sozialstaat, sondern mit ihm: gegen seine fortschreitende Verstümmelung und für seine demokratische Verallgemeinerung. Ob das Leitbild eine Chance in der Praxis erhält, entscheidet sich mit der gesellschaftlichen, besonders auch mit der gewerkschaftlichen Parteinahme für diese Idee. Für diese Parteinahme will die von uns vorgelegte Expertise mit guten Argumenten werben. „Wir tragen die Risiken der Diagnose“, so könnte man mit Franz-Xaver Kaufmann, dem Nestor der soziologischen Sozialpolitikanalyse in der Bundesrepublik, sagen, hingegen „andere die Risiken der Entscheidung“. **Matthias Möhring-Hesse und Stephan Lessenich**



Der Umbau des deutschen Sozialstaats ist auch Gegenstand der Diskussionen im wissenschaftlich-gesellschaftlichen Gesprächskreis der Stiftung. Dort wurde diese Expertise erstmals diskutiert. Über unsere weiteren Aktivitäten zum Thema können Sie sich im Internet unter www.otto-brenner-stiftung.de/aktivitaeten/akt.zukunft/ informieren.